

1 **Beschluss des Landesdelegiertentages der Frauen Union**
2 **Baden-Württemberg am 19. September 2015**
3
4

5 **Macht Leben Lust - Frauenpolitik für Baden-Württemberg**
6

7 In Baden-Württemberg leben 5,4 Millionen Frauen. Sie stellen damit 50,8 Prozent der
8 Bevölkerung. Politik für Baden-Württemberg ist demnach in hohem Maße Politik für
9 Frauen in Baden-Württemberg und Frauenpolitik auch keine Nische für eine
10 gesellschaftliche Randgruppe. Erfolgreiche Landespolitik setzt daher auf die Akzeptanz
11 ihrer Maßnahmen und Programme bei Frauen und weiß um die Notwendigkeit und
12 Bedeutung der angemessenen Repräsentanz von Frauen in Parlament und Regierung.
13

14 Frauenleben in Baden-Württemberg 2015 ist vielfältig. Über Generationen, Religionen,
15 Weltanschauungen und kulturelle Prägungen hinweg, alleinstehend, in Partnerschaft, mit
16 oder ohne Kinder, in Schule, Ausbildung, Beruf, Familienphase oder Ruhestand,
17 einheimisch, zugewandert, mit oder ohne Zuwanderungsgeschichte – Frauen sind ein
18 starkes Stück unseres Landes. Die Frauen Union der CDU Baden-Württemberg respektiert
19 und anerkennt diese Vielfalt. Sie sieht es als ihre Aufgabe, an der Entwicklung und
20 Schaffung von Rahmenbedingungen mitzuwirken, die es Frauen ermöglichen, ihre
21 Vorstellung vom Leben und ihre Ziele zu verwirklichen. Wir wollen Frauen dabei
22 unterstützen, ihre Chancen wahrzunehmen und ihren Lebensweg selbstbestimmt und
23 selbstbewusst zu gehen.
24

25 In einer menschlichen Gesellschaft gehört zur individuellen Freiheit stets auch die
26 Verantwortung füreinander. Für uns Christdemokratinnen heißt das: Wir stehen für ein
27 partnerschaftliches Miteinander von Frauen und Männern in Ehe, Familie, Wirtschaft,
28 Politik und Gesellschaft. Wertschätzung und Respekt für das jeweils andere Geschlecht,
29 Berücksichtigung der Unterschiedlichkeit von Frauen und Männern, gleichwertige
30 Anerkennung der jeweiligen Leistung und Beachtung der individuellen Rechte - das
31 verstehen wir unter geschlechtergerechter Politik.
32

33 Die vergangenen viereinhalb Jahre der grün-roten Landesregierung waren verlorene Jahre
34 für die Frauenpolitik. Der grün-rote Koalitionsvertrag nahm zwar viele Worte in den Mund,
35 zeichnete sich jedoch in der Praxis dadurch aus, dass diesen keinerlei Taten folgten:
36 Zitieren wir den grün-roten Koalitionsvertrag aus dem Jahr 2011: „Im öffentlichen Dienst
37 des Landes wollen wir Chancengleichheit von Frauen und Männern durchsetzen und dazu
38 das Chancengleichheitsgesetz erheblich erweitern und konkretisieren.“ Und tatsächlich?
39 Das aktuelle Chancengleichheitsgesetz des Landes datiert aus dem Jahr 2005.

40 „Die Rechte der Chancengleichheitsbeauftragten wollen wir stärken und die Quote der
41 weiblichen Führungskräfte erhöhen. Dazu gehört auch, dass wir die Sitze in den Aufsichts-
42 und Verwaltungsräten von landeseigenen Unternehmen schrittweise paritätisch
43 besetzen“, heißt es dort weiter. Die Realität ist demgegenüber eine totale Fehlanzeige:
44 Frauen sind in Führungspositionen der Verwaltung noch immer kaum anzutreffen, und von
45 einer nennenswerten Erhöhung des Frauenanteils in den Aufsichts- und Verwaltungsräten
46 landeseigener Unternehmen kann nicht die Rede sein.

47

48 Anders als Grün-Rot wird eine CDU-geführte neue Landesregierung keine
49 Lippenbekenntnisse zur Gleichberechtigung von sich geben, sondern konkrete
50 Maßnahmen ergreifen und messbare Ergebnisse erzielen. Unser Ziel ist, dass unser Land
51 die Rote Laterne, die es derzeit in vielen Bereichen innehat, abgibt und stattdessen in
52 Fragen der Gleichberechtigung und Beteiligung von Frauen einen bundesweiten
53 Spitzenplatz einnimmt.

54

55

56 **Gleichstellung und politische Beteiligung**

57

58 Obwohl der gesellschaftliche Wandel genauso wie die demografische und wirtschaftliche
59 Entwicklung gute Voraussetzungen für Frauen bietet, in Führungspositionen
60 Verantwortung zu übernehmen, sind Frauen nach wie vor deutlich unterrepräsentiert.
61 Um den Frauenanteil in allen Führungspositionen anzuheben, sind strukturelle
62 Veränderungen in der Unternehmenskultur notwendig. Dies gilt nicht zuletzt auch für die
63 Unternehmen mit Landesbeteiligung. Wir fordern daher von einer CDU-geführten neuen
64 Landesregierung kraftvolle Schritte, die vollständige Gleichstellung von Mann und Frau in
65 die Tat umzusetzen. Wir wollen in Baden-Württemberg 2021 deutlich mehr Frauen in
66 Führungspositionen in Politik, Verwaltung und Wirtschaft haben.

67

68 In Bezug auf die Landesregierung erinnert die Frauen Union Spitzenkandidat Guido Wolf
69 an seine Zusage, wenn die CDU ab 2016 wieder Regierungsverantwortung trägt, das
70 Kabinett zur Hälfte mit Frauen zu besetzen.

71 Darüber hinaus soll eine CDU-geführte neue Landesregierung unmittelbar nach ihrer Wahl
72 damit beginnen, Frauen gezielt in wichtige Gremien zu berufen und zu wählen und ihren
73 Anteil darin systematisch zu steigern. Ziel soll sein, dass in zehn Jahren die Hälfte der
74 Gremiensitze des Landes von Frauen besetzt ist.

75

76

77 Mehr Frauen in Mandate: Reform des Wahlrechts

78

79 In allen politischen Gremien im Land sind Frauen nach wie vor stark unterrepräsentiert.

80 Der Landtag von Baden-Württemberg ist mit einem Frauenanteil von 20,3 Prozent mit

81 großem Abstand (8 Prozent hinter dem nächsten Land) bundesweit Schlusslicht.

82 Dies wollen wir nicht länger hinnehmen. Ohne demokratische Entscheidungen der

83 Parteien in irgendeiner Weise schmälern zu wollen, setzt sich die Frauen Union daher

84 dafür ein, dass eine neue CDU-geführte Landesregierung das Landtagswahlrecht

85 dergestalt ändert, dass mehr Frauen ein Mandat erlangen können.

86 Die Frauen Union schlägt in diesem Zusammenhang die Einführung einer sogenannten

87 „kleinen Liste“ vor: Die Hälfte der Abgeordneten wird dann wie bisher direkt in den 70

88 Wahlkreisen gewählt. Die anderen Abgeordneten würden aber nicht mehr wie bisher aus

89 den unterlegenen Wahlkreiskandidaten, sondern über eine Landesliste ins Parlament

90 einrücken.

91 Damit kann die demokratische, einfache und basisnahe Möglichkeit, dass jeder bei der

92 Landtagswahl nur eine Stimme hat, beibehalten bleiben.

93

94 Einrichtung eines Rings politischer Frauenverbände

95

96 Frauen interessieren sich nicht weniger für Politik als Männer, benötigen jedoch eine

97 andere Ansprache. Hier sieht die Frauen Union als politische Frauenorganisation ihre

98 Aufgabe. Um diese erfolgreich erfüllen zu können, bedarf es dabei spezifischer politischer

99 Bildung für Frauen.

100 Um die frauenspezifische politische Bildungsarbeit auf finanziell gesicherte Füße zu stellen

101 und die politische Bildung speziell für Frauen voranzutreiben, fordern wir daher – analog

102 zum Ring politischer Jugend - die Bildung eines Rings politischer Frauenverbände, in dem

103 die Frauenorganisationen der Parteien im Land zusammengeschlossen sind.

104 Frauenpolitik wird als selbstständige wichtige Säule der politischen Arbeit zu wenig

105 wahrgenommen. Soll es gelingen, mehr Frauen für ein aktives Engagement in der Politik zu

106 gewinnen, muss sich dies ändern. Schon allein aus diesem Grund bedarf die Arbeit der

107 politischen Frauenorganisationen der besonderen Förderung.

108

109

110 Arbeit und Wirtschaft

111

112 Die Wirtschaft ist heute auf Frauen als hochqualifizierte Fachkräfte angewiesen. Dies muss

113 sich künftig jedoch auch deutlicher in weiblich besetzten Führungspositionen

114 niederschlagen. Denn wie der Women-on-Board-Index 100 (Wob-100) im Mai feststellte,

115 haben zwar 60 Prozent der Unternehmen ein Planungsziel für den Frauenanteil im

116 Aufsichtsrat, aber lediglich ein Prozent hat auch ein Planungsziel für den Frauenanteil im
117 Vorstand. 32 der 160 im Rahmen des WoB 100 untersuchten Unternehmen haben weder
118 im Aufsichtsrat noch in der Führungsetage eine Frau.

119 Und während in Kleinbetrieben der Anteil von Frauen auf der obersten Ebene mit 28
120 Prozent und in der zweiten Führungsebene mit 43 Prozent überdurchschnittlich hoch ist,
121 nimmt der Anteil von Frauen in Führungspositionen mit steigender Betriebsgröße ab. In
122 Großbetrieben mit mehr als 500 Beschäftigten sind nur noch 10 Prozent der Positionen in
123 der obersten Führungsebene und 16 Prozent in der zweiten Führungsebene von Frauen
124 besetzt.

125

126 Mehr Frauen in Führungspositionen

127

128 Die Frauenquote, nun als 30-Prozent-Regelung für die Aufsichtsräte der börsennotierten
129 und voll mitbestimmten Unternehmen bundesgesetzlich vorgeschrieben, betrachten wir
130 als ein notwendiges Hilfsmittel auf dem Weg zu einer selbstverständlichen Gleichstellung
131 von Frauen und Männern.

132 Das Land darf hier nicht zurückstehen. Eine CDU-geführte neue Landesregierung soll dafür
133 Sorge tragen, dass die Quote nicht nur für die börsennotierten, sondern ebenso für die
134 landeseigenen Unternehmen, die nicht an der Börse notiert sind, eine entsprechende
135 Anwendung findet. Darüber hinaus soll eine CDU-geführte neue Landesregierung mittels
136 flexiblen Zielvereinbarungen den Anstoß geben, den Anteil an weiblichen Führungskräften
137 in landeseigenen Unternehmen deutlich zu erhöhen.

138

139 Infolge von Teilzeitarbeit während der Familienphase und der Abstriche, die sie in Kauf
140 nehmen, um mehr Zeit für die Familie zu haben, bieten sich für Frauen weniger
141 Karrieremöglichkeiten. Sie stoßen in ihrem beruflichen Aufstieg an die „gläserne Decke“.
142 Dies wollen wir ändern.

143 Eine CDU-geführte neue Landesregierung wird daher eine Initiative zur Stärkung von
144 Frauen in Führungspositionen starten. Betriebe mit besonders vielen Frauen in
145 Führungspositionen sollen eine spezielle Landes-Auszeichnung erhalten. Jährlich soll es
146 darüber hinaus eine Auszeichnung für das Unternehmen mit der besten Frauenförderung
147 geben. Ein Aspekt hierbei sollen auch gute Beispiele sein, wie sich Führungspositionen im
148 Tandem ausfüllen lassen. Generell sollen Führungspositionen teilbar sein. Aber auch für
149 Väter soll es kein Karrierehemmnis sein, wenn sie ihre Arbeitszeit zugunsten der Familie
150 reduzieren. Deshalb soll es eine Sonder-Auszeichnung für das väterfreundlichste
151 Unternehmen geben.

152

153 Frauen sind in technischen Berufen immer noch unterrepräsentiert. Gerade in diesen
154 Berufsfeldern sowie im digitalen Bereich bieten sich ihnen jedoch gute Chancen und

155 werden qualifizierte Fachkräfte dringend gebraucht. Eine CDU-geführte neue
156 Landesregierung soll gemeinsam mit der Wirtschaft Initiativen umsetzen, mehr Frauen für
157 MINT-Berufe zu gewinnen und die mathematischen, naturwissenschaftlichen und
158 technischen Unterrichtsfächer in der schulischen Ausbildung mehr an der Lebenswelt der
159 Mädchen zu orientieren. Ziel soll sein, eine verbindliche gemeinsame Strategie zu
160 entwickeln und eine konzertierte Aktion zu starten. Zu denken ist darüber hinaus an
161 Technik-Botschafter im Ehrenamt, die es sich zur Aufgabe machen, Frauen für solche
162 Berufe zu begeistern. Hierzu zählt auch eine Berufs- und Studienorientierung in allen
163 weiterführenden Schulen.

164

165 Auch in der Wissenschaftswelt soll Baden-Württemberg mit gutem Vorbild vorangehen.
166 Ziel muss sein, den Anteil von weiblichen W2- und W3-Professuren deutlich zu steigern.
167 Hierzu soll gemeinsam mit den Leitungen der Hochschulen und Universitäten des Landes
168 ein Aktionsplan erarbeitet werden. Dabei soll auch das Kaskadenmodell konsequent
169 verwirklicht werden, d.h. der Aufstieg von Frauen in wissenschaftliche Spitzenpositionen
170 soll kontinuierlich und nachhaltig umgesetzt werden.

171

172 Frauen in Selbstständigkeit

173

174 Noch immer machen sich viel zu wenige Frauen auf den Weg in die Selbstständigkeit. Dies
175 muss sich ändern. Wir brauchen in unserem Land ein besseres Klima für Gründerinnen und
176 selbstständige freiberuflich tätige Frauen. Tatkräftige und mutige Gründerinnen wagen
177 überdurchschnittlich häufig als Einzelunternehmerinnen den Schritt in die Selbstständigkeit
178 und behalten auch relativ kleine Betriebsformen bei. Gerade solche Unternehmen und
179 Freiberufler erhalten bisher zu wenig Unterstützung und Förderung.

180 Eine CDU-geführte neue Landesregierung soll daher ein Programm auflegen, das
181 spezifisch Frauen zur Gründung von Unternehmen oder zur Freiberuflichkeit motiviert und
182 sie in der Umsetzung dieses Vorhabens unterstützt. Hierzu zählen vor allem eine gute und
183 spezifische Beratung, flächendeckend feste Anlaufstellen, ein Pool von Lotsen aus
184 erfahrenen Selbstständigen, die Vermittlung professioneller und bezahlbarer
185 Management-Unterstützung, Information zu öffentlichen Ausschreibungsverfahren,
186 bezahlbare Unterstützung bei der Erlangung der dafür erforderlichen umfangreichen
187 Nachweise und bezahlbare und professionelle Begleitung im komplizierten
188 Verfahrensverlauf.

189 Außerdem bedarf es einer systematischen Information, welche Absicherung selbstständige
190 Schwangere in der Mutterschaft erhalten und wie sich mögliche Schutzlücken schließen
191 lassen. Es gilt, selbstständigen Frauen die Angst zu nehmen, aufgrund ihres „Ausfalls“
192 während des Mutterschutzes ihre Kunden zu verlieren. Mütter in der Selbstständigkeit
193 sollen daher systematisch beraten und stärker unterstützt werden.

194 Das Land soll darüber hinaus im Bundesrat eine Initiative starten, den Bürokratieabbau für
195 Selbstständige, Freiberufler und Handwerksbetriebe endlich voranzubringen. Leider ist die
196 Entwicklung der vergangenen Jahre hier eher in die gegenteilige Richtung verlaufen
197 (Stichwort KSK, Stichwort Stundennachweise Mindestlohn, Stichwort
198 Dokumentationspflichten, Stichwort Vergabeverfahren usw.). Den vollmundigen
199 Ankündigungen müssen endlich glaubhafte Taten folgen.

200

201 Das Beispiel von Frauen, die im Handwerk Betriebe leiten, kann dazu beitragen, auch
202 andere Frauen zu ermutigen, ebenfalls einen Handwerksbetrieb zu gründen oder zu
203 übernehmen. Sie sollen daher eine angemessene Würdigung durch das Land erfahren.

204

205 Lohngleichheit

206

207 Es kann nicht länger hingenommen werden, dass Frauen strukturell weniger verdienen als
208 Männer. Diese Schere öffnet sich mit steigendem Alter und je nach Höhe der Einkommen
209 immer weiter. Entgeltgleichheit für Frauen ist ein Gebot der Gerechtigkeit. Die
210 Landesregierung muss den Dialog mit der Wirtschaft intensivieren und die Tarifpartner für
211 das Thema Entgeltgleichheit sensibilisieren.

212 In Kooperation mit Tarifpartnern und Forschung sollen mögliche Ansatzpunkte für einen
213 Abbau verbleibender Unterschiede bei kollektiven Lohnverhandlungen identifiziert
214 werden.

215

216 Tarifkommissionen formen die Rahmenbedingungen für die Arbeitswelt von Frauen und
217 Männern gleichermaßen. Sie sollen daher verstärkt die spezifischen Belange der Frauen in
218 den Blick nehmen. Die Tarifpartner sollen daher aufgefordert werden, für eine
219 ausgewogene Besetzung der Tarifkommissionen Sorge zu tragen.

220

221 Arbeitnehmer, die zur Erziehung ihrer Kinder oder zur Pflege von Angehörigen ihre
222 Arbeitszeit reduziert haben und diese nach dieser Phase wieder erhöhen wollen, müssen
223 einen Anspruch darauf erhalten. Eine CDU-geführte neue Landesregierung soll daher die
224 Bundesregierung bestärken, dieses Vorhaben umzusetzen.

225

226 Berufe, in denen überwiegend Frauen tätig sind, wie in den Bereichen Erziehung und
227 Pflege, sind zwar sehr nachgefragt, erhalten aber, was die Bezahlung anbelangt, bei
228 Weitem nicht dieselbe Wertschätzung wie technische Berufe. Und dies, obwohl ihnen
229 große Verantwortung gegenüber anderen Menschen zukommt. Wir setzen uns für eine
230 angemessene und damit bessere Bezahlung dieser Berufe ein.

231

232

233 Flexiblere Teilzeitmodelle

234

235 Obwohl schon viel erreicht wurde, bleibt die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wichtig,
236 um mehr Frauen in Verantwortung zu bringen. Vor allem gilt es zu vermeiden, dass
237 Familienzeit einen Karriereknick bedeutet, wie es leider immer noch sehr häufig
238 vorkommt. Hierzu benötigen wir noch flexiblere Teilzeitmodelle und mehr Telearbeit. Das
239 Land soll hier mit gutem Beispiel vorangehen.

240 Beamte und Angestellte des Landes sollen nicht nur wie bisher die Möglichkeit haben,
241 Elternzeit zu nehmen oder sich für die Erziehung ihrer Kinder beurlauben zu lassen,
242 sondern es soll auch sichergestellt werden, dass ihnen daraus kein Karrierenachteil
243 entsteht.

244

245 Unter bestimmten Voraussetzungen, die noch festzulegen sind, soll Elternzeit wie
246 Dienstzeit angerechnet werden. So sollen auch die bei der Erziehung erworbenen
247 Kompetenzen und Verantwortlichkeiten honoriert und im weiteren Berufsweg anerkannt
248 werden.

249

250 Um in die Wirtschaft hinein Impulse zu setzen, soll das Land einen Wettbewerb ausloben
251 und die besten Modelle auszeichnen und herausstellen. Dabei sollen vorbildliche
252 Kontakthalteprogramme von Unternehmen für Frauen während der Familienphase oder
253 der Pflegezeit einen Sonderpreis erhalten.

254

255 Lebensarbeitszeitkonten sind ein gutes Mittel, in der Familienphase weniger zu arbeiten,
256 ohne dass daraus langfristig Nachteile entstünden. Hier bedarf es einer verstärkten
257 lebensphasenorientierten Personalpolitik in der Wirtschaft. Eine CDU-geführte neue
258 Landesregierung soll den Anstoß dazu geben, dass entsprechende Modelle entwickelt und
259 erprobt werden.

260

261 Die Neuregelung für eine bessere Mütterrente soll eine CDU-geführte neue
262 Landesregierung auch bei den baden-württembergischen Beamtinnen einführen.

263

264 Ohne die Risiken in Abrede stellen zu wollen, birgt die Digitalisierung der Arbeitswelt vor
265 allem große Chancen. Sie wird sich davon abgesehen nicht aufhalten lassen. Deshalb gilt
266 es, diese Herausforderung anzunehmen und eine breite gesellschaftspolitische Diskussion
267 über Chancen und Risiken der Digitalisierung anzustoßen. Die Digitalisierung wird viele
268 Arbeitsprozesse und Tätigkeiten grundlegend verändern. Wir betrachten es als eine enorm
269 wichtige Aufgabe, alle Beschäftigten darauf einzustellen und die Veränderungen zu
270 steuern. Leider hat die grün-rote Landesregierung hier nichts vorgebracht und viel
271 wertvolle Zeit vertan. Deshalb regen wir an, dass eine CDU-geführte neue

272 Landesregierung zügig eine Enquete-Kommission einsetzt, die diese Frage näher
273 untersucht und Vorschläge für das weitere Vorgehen erarbeitet.

274

275 Betreuungsgeld fortentwickeln

276

277 Weit über 100.000 baden-württembergische Eltern haben seit seiner Einführung von dem
278 Betreuungsgeld profitiert. Sie dürfen nicht zu den Verlierern eines
279 Zuständigkeitsgerangels zwischen Bund und Ländern werden. Deshalb halten wir es für
280 geboten, auf Bundesebene einen verfassungsgemäßen und bedarfsgerechten Ersatz für
281 das Betreuungsgeld zu schaffen und Mittel in vergleichbarer Höhe zur zielgerichteten
282 Entlastung von Eltern mit kleinen Kindern und zur Stärkung der Familien einzusetzen.
283 Familien mit einem oder mehreren Kindern, die noch nicht eingeschult sind, sollen einen
284 Zuschuss zu haushaltsnahen Dienstleistungen erhalten. Alternativ sollen Mütter bzw.
285 Väter, die sich nach der Familienphase für den Wiedereinstieg in den Beruf
286 weiterqualifizieren wollen, hierzu einen Zuschuss beantragen können.

287

288

289 **Bildung und Betreuung**

290

291 Flexibles Ganztagesangebot Schule

292

293 Der Ausbau der Ganztagesesschule muss bedarfsgerecht erfolgen. Eltern müssen sich für ein
294 qualitativ gutes Ganztagesangebot in erreichbarer Entfernung entscheiden können.
295 Wir setzen uns für flexiblere Ganztagesangebote ein, die möglichst die Bedarfslage vor Ort
296 abbilden. Im Zusammenhang mit der Vereinbarkeit von Familie und Beruf soll die
297 Wahlfreiheit auch für Eltern in ländlichen Regionen gewährleistet sein. Deshalb soll es an
298 benachbarten oder nahe beieinander liegenden Schulen unterschiedliche Angebote geben,
299 so dass auch im ländlichen Raum eine reale Wahlmöglichkeit besteht.
300 Angebote wie die verlässliche Grundschule bzw. Hortangebote dürfen nicht automatisch
301 mit der Aufnahme des Ganztageseschulbetriebs geschlossen werden. Die Möglichkeit, ein
302 Halbtagsangebot in Kombination mit Hort oder Kernzeitenbetreuung zu wählen, soll als
303 eine mögliche Form weiterhin bestehen.

304

305 Die verlässliche Kernzeitenbetreuung endet derzeit mit Ende der Grundschule. Aber auch
306 Schüler bis Klasse 7 kann man nicht einfach sich selbst überlassen; sie benötigen zu festen
307 Zeiten, in Freistunden oder bei Unterrichtsfall Betreuung. Daher setzen wir uns für die
308 Erweiterung der verlässlichen Kernzeitenbetreuung bis einschließlich Klasse 7 ein.

309

310

311 Medienbündnis Baden-Württemberg schaffen

312

313 Medienerziehung muss Teil des Bildungsplans werden. Dabei geht es einerseits um den
314 Einsatz der Medien im Unterricht und andererseits um den technischen wie praktischen
315 Umgang mit den Medien. Es kann nicht länger hingenommen werden, dass technisches
316 Vermögen der meisten Schüler und die Unterrichtspraxis so stark auseinanderklaffen. Die
317 Arbeit mit und die Verwendung von Neuen Medien muss daher Einzug in alle
318 Klassenzimmer halten.

319

320 Ein selbstverständlicher Umgang mit den Neuen Medien an den Schulen ist nicht zuletzt
321 unabdingbar, um die Spitzenstellung unseres Landes in Wirtschaft und moderner
322 Technologie zu sichern. Deshalb ist es auch für die baden-württembergische Wirtschaft
323 von elementarem Interesse, dass die jungen Menschen selbstverständliche Kompetenzen
324 auf diesem Gebiet erlangen. Eine CDU-geführte neue Landesregierung soll daher
325 gemeinsam mit der Wirtschaft ein „Medienbündnis Baden-Württemberg“ bilden, das die
326 diesbezügliche Ausstattung der Schulen des Landes und die Qualifizierung des
327 Lehrpersonals zügig umsetzt.

328

329 Nicht zuletzt sehen wir auch in dem massiven Ausbau der Medienbildung an den Schulen,
330 insbesondere auch in naturwissenschaftlichen und informationstechnischen
331 Anwendungen, den Schlüssel dazu, dass Baden-Württemberg in der Forschung und
332 Entwicklung zukunftsweisender Schlüsseltechnologien wie Mikroelektronik, Bio- und
333 Nanotechnologie, Photonik und 3-D-Druck nicht abgehängt wird.

334

335 Die sozialen Medien haben die Kommunikationsformen der Jugendlichen untereinander
336 stark verändert. Die Folgen sind den Jugendlichen dabei zumeist nicht klar. Ihren
337 Auswirkungen gilt es sich zu stellen, ihren Auswüchsen entgegenzuwirken. Lehrer sind
338 daher bezüglich der sozialen Medien und pädagogischer Maßnahmen zur Bekämpfung von
339 Mobbing an den Schulen verbindlich weiterzubilden.

340

341 Inklusion an Schulen

342

343 Wir bekennen uns zur Inklusion und setzen uns dafür ein, dass Inklusion, eine neue Kultur
344 des Zusammenlebens und der gegenseitigen Achtung zwischen Menschen mit und ohne
345 Behinderung, Schritt für Schritt Wirklichkeit wird.

346

347

348

349

350 Voraussetzungen

351

352 Inklusion an Schulen stehen wir selbstverständlich offen gegenüber. Erfolgreich kann diese
353 jedoch nur gelingen, wenn die Voraussetzungen dafür in ausreichendem Maße gegeben
354 sind. Dies betrifft sowohl die Schulgebäude als auch die Qualifikation der Lehrerinnen und
355 Lehrer. Grundlegend müssen deshalb die universitäre und hochschulpädagogische
356 Lehrerausbildung sowie das Referendariat die schulische Inklusion angemessen
357 thematisieren. Für Lehrerinnen und Lehrer im Schuldienst muss ein breites Angebot an
358 Fort- und Weiterbildung bereitgestellt werden.

359

360 Eine CDU-geführte neue Landesregierung soll daher zunächst einen Masterplan erstellen,
361 entsprechende Weiterbildungen auflegen und die Voraussetzungen der
362 schulorganisatorischen Umsetzung schaffen. Insbesondere gilt es, mehr Sonderpädagogen
363 einzusetzen und die Ausbildungskapazitäten entsprechend anzupassen. Wir halten den
364 bedarfsgerechten Einsatz von Schulsozialarbeit für notwendig.

365

366 Die Rolle der Sonderschulen

367

368 Bei der Wahl der Schulart einer Regelschule muss allein das Wohl des behinderten Kindes
369 im Mittelpunkt stehen. Dies bedeutet, dass auch Kinder mit Behinderung nur diejenige
370 Schulart wählen sollen, in der sie auch eine realistische Chance haben, einen Abschluss
371 erwerben zu können. Allen Schulformen obliegt die Verpflichtung begabten sowie auch
372 Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf die optimale Bildung und Erziehung zu
373 kommen zu lassen. Die sonderpädagogische Förderung von Kindern und Jugendlichen,
374 deren Bildungs-, Entwicklungs- und Lernmöglichkeiten so beeinträchtigt sind, dass sie im
375 allgemeinen schulischen Unterricht nicht hinreichend gefördert werden können, muss
376 bestehen bleiben.

377

378 Unsere guten und bewährten Sonderschulen im Land werden auch bei Ausbau der
379 Inklusion an Regelschulen gebraucht. In deren Außenklassen können Schüler mit
380 Behinderung von einem gemeinsamen Unterricht in der Regelschule profitieren, ohne die
381 Möglichkeit des Rückzugs in einen notwendigen Schonraum zu verlieren.

382

383 Inklusion kann nur gelingen, wenn eine möglichst hohe Fachkompetenz der Betreuer
384 gegeben ist. Würden Sonderschullehrerinnen und -lehrer künftig ausschließlich an
385 Regelschulen unterrichten, würde die hohe und spezialisierte Fachlichkeit dieser Experten
386 schnell verloren gehen. Eine CDU-geführte neue Landesregierung soll daher den Ausbau
387 der Inklusion an der Regelschule nur mit und nicht gegen die Sonderschulen betreiben.

388

389 **Lage von Frauen**

390

391 Gewalt an Frauen – Frauenhäuser flächendeckend im ganzen Land

392

393 Gewalt gegen Kinder und Frauen darf der Staat niemals zulassen. Die wichtige Arbeit von
394 Gewaltschutzhäusern und Beratungsstellen muss flächendeckend gewährleistet sein. Hier
395 muss das Land ein nachhaltiges Finanzierungskonzept entwickeln und die Realisierung
396 zügig umsetzen.

397

398 Für von Zwangsheirat betroffene minder- und volljährige Mädchen und Frauen soll es
399 spezifische Notaufnahmepätze in ausreichender Zahl geben.

400

401 Weibliche Flüchtlinge

402

403 Viele Mädchen und Frauen, die als Flüchtlinge in unser Land kommen, sind infolge von
404 Folter, Vergewaltigung oder anderen furchtbaren Erlebnissen traumatisiert und bedürfen
405 der intensiven psychologischen und medizinischen Betreuung. Dies muss, ebenso wie
406 angemessene Räume, wohin sie sich zurückziehen können, auch bei stark wachsenden
407 Flüchtlingszahlen gewährleistet sein. Die Beratungs- und Unterstützungsangebote sollen
408 entlang des Bedarfs weiter ausgebaut werden.

409

410 In den Landes-Erstaufnahmestellen sollen medizinische Belegungspraxen eingerichtet
411 werden, in denen regelmäßige ärztliche Sprechstunden abgehalten werden können.
412 Die vielen haupt- und ehrenamtlichen Helfer, die oft auch als Brücke und Bindeglied zum
413 Gemeindeleben vor Ort fungieren, gilt es noch besser zu unterstützen, gezielt zu
414 koordinieren und konkret zu fördern. Eine gute Informationsarbeit ist wesentlich, um
415 gegebenenfalls auch schnell Hilfe und kompetente Betreuung bewerkstelligen zu können.

416

417 Gerade auch für Frauen und Kinder ist die Kenntnis der deutschen Sprache Voraussetzung,
418 dass sie sich schnell zurechtfinden können und heimisch werden. Es muss daher
419 gewährleistet sein, dass bereits in den LEAs erste Sprachvermittlung erteilt wird und alle
420 Flüchtlinge unmittelbar, nachdem sie in der aufnehmenden Gemeinde angekommen sind,
421 verpflichtend einen Sprachkurs besuchen.

422

423 Die Beratungsstelle für junge Migrantinnen in Konfliktsituationen YASEMIN soll eine
424 Dauerförderung erhalten. Entsprechende Einrichtungen sollen im ganzen Land aufgebaut
425 werden.

426

427

428 Ausstiegsprogramme Prostitution

429

430 Die stärkere Regulierung der legalen Prostitution hilft im Kampf gegen Menschenhandel
431 und Zwangsprostitution. Mit dem neuen Prostitutionsgesetz der Bundesregierung wird ein
432 größerer Schutz der Frauen in der Prostitution erreicht und die Handlungskompetenz der
433 Polizei erweitert.

434 Zur wirksamen Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution gehört auch
435 die Bestrafung von Freiern, die vorsätzlich die Zwangslage des Opfers ausnutzen. Nur so
436 lässt sich der Schutz für Frauen im Prostitutionsmilieu erhöhen. Hier soll sich eine CDU-
437 geführte neue Landesregierung für weitere gesetzliche Regelungen stark machen. Die
438 Polizei soll ihre gesetzliche Verantwortung aktiv wahrnehmen.

439 Kommunen sollen ihre Immobilien nicht an entsprechende Einrichtungen vermieten.

440 Schließlich soll das Land geeignete Ausstiegsprogramme aus der Prostitution auflegen, die
441 den Frauen den notwendigen Schutz gewähren und eine existenzielle Perspektive bieten.

442

443

444

445 **Gesundheit und Pflege**

446

447 Fachgremium Frauengesundheit im Sozialministerium

448

449 In der medizinischen Forschung wird den Unterschieden der Geschlechter bisher zu wenig
450 Stellenwert eingeräumt. Viele Krankheitsverläufe sind jedoch bei Frauen anders als bei
451 Männern. Neben der geschlechterspezifischen Forschung soll eine CDU-geführte neue
452 Landesregierung im Sozialministerium ein Fachgremium Frauengesundheit einrichten.
453 Dieses Fachgremium soll für die geschlechterspezifische Gesundheitsberichterstattung
454 Sorge tragen, die Behandlung geschlechterspezifischer Themen in den kommunalen
455 Gesundheitskonferenzen anstoßen und zielgerichtete Präventionsangebote initiieren.
456 Darüber hinaus soll es spezifische Online-Angebote zur Frauengesundheit auf
457 Landesebene geben.

458

459 Impfquote deutlich verbessern

460

461 In Bezug auf Impfen bei Kindern ist Baden-Württemberg bundesweit Schlusslicht. Das
462 kann nicht hingenommen werden. Angesichts der Tatsache, dass kleine Kinder ein
463 erhöhtes Erkrankungsrisiko haben und auch das Ansteckungsrisiko in
464 Gemeinschaftseinrichtungen wie der Kita zunimmt, halten wir es für erforderlich, dass die
465 Kleinen in den Kitas und Kindergärten verbindlich geimpft sind.
466 Deshalb fordern wir, dass bei regionaler Häufung von Erkrankungen und entsprechender
467 konkreter Ansteckungsgefahr nur solche Kinder die Kitas und Kindergärten besuchen, die
468 nachweislich gegen Diphtherie, Masern, Keuchhusten und andere von der Ständigen
469 Impfkommision empfohlene Krankheiten geimpft sind.

470

471 Der Nachweis einer ärztlichen Impfberatung der Eltern beim Eintritt ihres Kindes in eine
472 Kita, wie es das neue Präventionsgesetz vorsieht, reicht nach unserer Auffassung nicht
473 weit genug. Vielmehr sollen Eltern bei Anmeldung einen Impfnachweis vorlegen müssen.
474 Eine CDU-geführte neue Landesregierung muss hier schnell handeln und entsprechende
475 Regelungen erlassen.

476

477 Den Kinder- und Jugendärzten wiederum fällt die Aufgabe zu, eine Übersicht über den
478 Impfstatus der von ihnen behandelten Kinder und Jugendlichen zu führen, in regelmäßigen
479 Abständen eine Impfberatung durchzuführen und die Eltern in diesem Zusammenhang
480 gegebenenfalls aufzufordern, den Impfstatus ihres Kindes erneuern zu lassen.

481

482

483 Professionelle Beratung für Menschen, die pflegebedürftige Angehörige betreuen

484

485 Zwei Drittel der pflegebedürftigen Menschen werden zu Hause versorgt, von diesen drei
486 Fünftel, mehr als 130.000, ausschließlich durch Angehörige. Hier hat sich über
487 Pflegestützpunkte schon einiges getan, dennoch halten wir es für geboten, die
488 Angehörigen in der Pflege und Betreuung besser zu unterstützen und zu beraten. Daher
489 sollen die Pflegestützpunkte ausgebaut werden und zusätzlich die Fragen
490 Palliativversorgung und Hospiz in ihre Tätigkeit einbeziehen. Darüber hinaus muss die
491 Informationsarbeit weiter verbessert werden, insbesondere muss es in allen Kreisen
492 gewährleistet sein, dass die Angehörigen über Angebote im Bereich Palliativversorgung
493 und Hospiz Bescheid wissen.

494

495

496 **Ältere Frauen**

497

498 Sicherheit älterer Frauen

499

500 Frauen und Männer sollen sich überall in unserem Land ohne Angst bewegen können. Die
501 dramatische Zunahme von Diebstahl, Einbruch und Einbruchdarf nicht hingenommen
502 werden. Im Sinne der polizeilichen Präsenz gilt es, die durch die grün-rote Polizeireform
503 verursachten Fehlentwicklungen wieder zurückzuführen.

504 Darüber hinaus muss die Polizei verstärkt Mittel und Personal für Aufklärung und
505 Prävention einsetzen. Die in Stuttgart ansässige Polizeiliche Kriminalprävention der
506 Länder und des Bundes leistet eine hervorragende Arbeit. Nur müssen die Informationen
507 auch breit gestreut und verlässlich an die Frau bzw. an den Mann kommen. Dies erfordert
508 eine systematische Arbeit mit den Informationen und eine flächendeckende Verteilung, so
509 dass gerade die älteren Menschen auch über sie verfügen. Für die persönliche Aufklärung
510 und Beratung soll mehr Personal zur Verfügung stehen.

511

512 Für ältere Frauen mit Migrationshintergrund, die teilweise ein sprachliches und kulturelles
513 Problem haben, sollen spezifische Aufklärungs- und Informationsprogramme aufgelegt
514 werden.

515

516 Der Lebenswirklichkeit älterer Frauen besser Rechnung tragen

517

518 Das Land muss sich auf eine älter werdende Gesellschaft einstellen. Neue Formen des
519 gesellschaftlichen und sozialen Miteinanders gilt es nicht nur zu erproben, sondern
520 flächendeckend auszubauen. Eine CDU-geführte neue Landesregierung soll daher gute

521 Beispiele im Sinne von „best practice“, beispielsweise in der Nachbarschaftshilfe, besser
522 herausstellen und so zur Nachahmung anregen.

523

524 Handwerksbetriebe sind aufgefordert, über seniorenfreundliche Handwerksleistungen
525 nachzudenken. Hierzu zählen verständliche Produkterklärungen, Hilfe bei Aufbau und
526 Einrichtung von Geräten, Überprüfung von Wartungsleistungen u.v.m.

527 Eine CDU-geführte neue Landesregierung soll diesbezüglich ein entsprechendes
528 Gütesiegel, das auf dem bestehenden Qualitätssiegel des Landessenorenrats aufbaut,
529 entwickeln und solchen Betrieben verleihen, die die entsprechenden Kriterien erfüllen.

530

531

532 **Kultur und Medien**

533

534 Mehr Geschlechtersensibilität in den Fernsehprogrammen und für bessere Vermittlung
535 von Medienkompetenz

536

537 Topmodels, Superstars oder Schwiegertöchter – Film, Funk und Fernsehen, auch die
538 Rundfunkanstalten in unserem Land, vermitteln oftmals Stereotype, die das
539 Selbstverständnis von vielen jungen Frauen in Frage stellen. Besonders problematisch ist
540 dabei, dass sich die jungen Frauen meist auf typische Frauenberufe konzentrieren. Egal ob
541 Fiktion oder Realität – Gleichberechtigung und Emanzipation müssen auch im Vorabend-
542 und Abendprogramm ihren Platz haben.

543

544 Eine CDU-geführte neue Landesregierung soll daher diese Thematik in die Bildungspläne
545 integrieren und auf die Rundfunkanstalten und Medienhäuser einwirken, sich in Form
546 einer Selbstverpflichtung ein Leitbild und Kriterien für die eigene Programmgestaltung
547 aufzuerlegen, die falschem Schönheits- und Schlankheitswahn und einem eingengten
548 Frauenbild eine Absage erteilen. Und auch in die Mädchen- und Jungenpädagogik – gerade
549 in der Schule – ist das Fernsehen mit seinen Stereotypen noch stärker einzubeziehen.

550